

Ministerie van Economische Zaken
en Klimaat

> Rücksendeanschrift Postbus 20401 NL-2500 EK Den Haag

Präsident der Zweiten Kammer
der Generalstaaten
Prinses Irenestraat 6
2595 BD DEN HAAG

Generaldirektion Klima und
Energie
Programmdirektion Kernenergie

Besucheranschrift
Bezuidenhoutseweg 73
2594 AC Den Haag

Postanschrift
Postbus 20401
2500 EK Den Haag

Behördenkennzahl
00000001003214369000

Tel. +31(0)70 379 8911
(allgemein)

Fax +31(0)70 378 6100
(allgemein)

www.rijksoverheid.nl/ezk

Datum 19. Juni 2026

Betreff Einbindung Kernenergie in das Energiesystem

Unser Zeichen

KGG_DGKE_KERN/ 107012778

Sehr geehrter Herr Präsident,

Anlage(n)

6

die niederländische Regierung setzt sich nachdrücklich für einen größeren Anteil sauberer Energie am Energiemix und für Energieunabhängigkeit der Niederlande ein. Die Kernenergie hat dabei einen bedeutsamen Anteil. Der Mehrwert der Kernenergie im Energiesystem liegt unter anderem in der Diversifizierung des Energiesystems, das dadurch widerstandsfähiger wird. Zudem trägt die Kernenergie zur stabilen Generierungskapazität bei. Die Regierung arbeitet darum unter anderem am Neubau von Kernkraftwerken. Die Verwirklichung der ersten zwei großen Kraftwerke nimmt Schritt für Schritt Gestalt an: In Fortschrittsberichten wurde Ihr Parlament über den Umfang des Finanzierungspakets und die Gründung der staatlichen Teilhaberin Nucleaire Energie Organisatie Nederland (NEO NL) informiert. Mit diesem Schreiben informieren der Staatssekretär sowie die Ministerin für Klima und grünes Wachstum, auch im Namen des Ministers für Wohnungswesen und Raumordnung, Ihr Parlament über einen der wichtigen nächsten Schritte: den Prozess zur Erarbeitung eines Entwurfs für eine Vorzugsentscheidung zugunsten eines Standorts für die ersten beiden Kernkraftwerke.

Am 17. Oktober 2025 hat die vorherige Regierung Sie über den Fortschritt der Standortprüfungen und die Ausarbeitung in einer integralen Wirkungsanalyse (IEA) informiert¹². Bestandteil des Prozesses in Richtung Vorzugsentscheidung für den Standort ist die Weitergabe der Ergebnisse des Entwurfs der IEA und der Plan-UVP mit Anwohnern und anderen Beteiligten sowie die Verarbeitung ihrer Reaktionen. Einschließlich einer Zielvorgabe macht die Regierung diese Dokumente nun öffentlich. Die Regierung möchte über die zwischenzeitlichen Ergebnisse der Standortprüfungen und über die daraus folgenden Abwägungen der Regierung Klarheit verschaffen.

¹ Parlamentsdrucksachen 2025/26 32 645 Nr. 161

² Forschungsgebiete im NRD sind:

Sloegebied (EPZ-Nord und Thermphos-Gelände)

Terneuzen (Muschelbänke/Paulinapolder)

Maasvlakte II (Prinses Amaliahaven-Westseite)

Eemshaven (Westereemweg/Emmapolder, Kraftwerk Eemshaven, Kraftwerk Eems)

Das in diesem Schreiben näher erläuterte Zwischenfazit besagt dass nur zwei Standortvarianten im Eemshaven (Groningen) und die Standortvariante Terneuzen in Zeeland noch für die Auswahl als bevorzugte Alternative in Betracht kommen. Die Regierung wird zu einem späteren Zeitpunkt in diesem Jahr Ihr Parlament endgültig über den bevorzugten Standort informieren. Diese Entscheidung wird im Anschluss in einer oVKB (Entwurf Vorzugsentscheidung) ausgearbeitet, die nicht im kommenden September, sondern in der ersten Hälfte 2027 zu erwarten ist.

Die Regierung ist sich bewusst, dass diese Nachricht Folgen für die Betroffenen hat und dass Ihr Parlament, Ihre Provinzialstaaten (Landesregierungen) und Gemeinderäte sich in Anträgen gegen die Ansiedlung von Kernkraftwerken in der Provinz Groningen ausgesprochen haben.

Die Regierung hält sich dabei an die Linie der vorherigen Regierungen, innerhalb derer vereinbart wurde, dass, wenn nach Ausführung der Untersuchungen mehrere Standorte für den Bau von Kernkraftwerken geeignet seien, ein Standort in Zeeland bevorzugt werden würde. Gleichzeitig erfordern die nun von Tennet übermittelten Informationen um die Abwägung der Dilemmas, die sich daraus ergeben. Die eventuelle Einbindung der Kernkraftwerke in Zeeland ist komplex. Für den Bau eines Kernkraftwerks im Eemshaven fehlt es an Akzeptanz. Sowohl die Standorte in Zeeland als auch in Groningen erfordern noch eine weitere Ausarbeitung. Ihr Parlament wird mithilfe dieses Schreibens in die Erwägungen einbezogen, die die Regierung bei der Auswahl eines bevorzugten Standorts vornehmen wird, sowie über die weiteren Schritte, die in diesem Zusammenhang eingeleitet werden. Mit diesem Schreiben wird keine Entscheidung bzgl. geeigneter Standorte getroffen. Das Parlament wird darüber zu einem späteren Zeitpunkt informiert, einschließlich der finanziellen Konsequenzen.

Zudem erhalten Sie mit diesem Schreiben eine Übersicht, erteilt vom Staatssekretär für Klima und Grünes Wachstum, über die Fortschritte, die in der vergangenen Zeit beim Neubau der ersten beiden Kernkraftwerke erzielt wurden. Indem die Regierung parallel zum Projektverfahren auch die Fortschritte in den anderen Arbeitssträngen vorantreibt, setzt sie Anträge Ihres Parlaments um. Dabei handelt es sich um die Anträge, die zur Beschleunigung der Realisierung der Kernenergie auffordern und das Ergreifen von Maßnahmen, die zur Errichtung der Kernkraftwerke (Anträge De Groot, De Groot und Jumelet sowie Keizer und Heutink³).

Parallel zu diesem Schreiben veröffentlicht die Regierung einen Fahrplan für den möglichen Ausbau zu 7 GW Kernenergie im Jahr 2050. Der Bau der zwei großen Kernkraftwerke ist dabei ein wichtiger Meilenstein.

Vorläufige Ergebnisse der Standortuntersuchung

³ Parlamentsdrucksachen II 2025/26 31 239 Nr. 438
Parlamentsdrucksachen II 2025/26 36 800 Nr. 24
Parlamentsdrucksachen II 2025/26 23 432 Nr. 704

2022 hat die damalige Regierung das Parlament über die Vorbereitungen für ein formelles Verfahren informiert, um den Bau der Kernkraftwerke zu verwirklichen. Außerdem wurde damals die Präferenz für den Baustandort der Kernkraftwerke in der Nähe des derzeitigen Kernkraftwerks in Borssele ausgesprochen. Dies schuf die Möglichkeit, die Prüfung der technischen Machbarkeit der geplanten Kernkraftwerke in den Niederlanden schneller zu starten, die erforderlichen Beziehungen zu knüpfen und Expertise aufzubauen. Derzeit wurde davon ausgegangen, dass genug physischer Raum vorhanden oder zu schaffen sei. Das vorhandene nukleare Know-how und die vorhandene Infrastruktur trugen ebenfalls zu dieser Präferenz bei.⁴

Auf dieser Grundlage wurde seinerzeit für Borssele ein Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren initiiert, das unter anderem zu den Anforderungen für Borssele und Zeeland führte. Ferner wurde darauf hingewiesen, dass ein staatliches Projektverfahren durchlaufen werden müsse, um zu einer sorgfältigen Abwägung und einem rechtssicheren Projektbeschluss über den Standort zu gelangen. Anfang 2024 startete die damalige Regierung das derzeitige Projektverfahren. Dabei hat die Regierung Eemshaven anfänglich nicht in die Standortuntersuchung einbezogen, entsprechend der Streichung von Eemshaven als Sicherungsgebiet. Basierend auf der Empfehlung des Anwalt des Staates hat die Regierung 2025 entschieden, dass Eemshaven nicht aus dem Projektverfahren ausgeschlossen werden kann und gleichzeitig ein rechtssicherer Beschluss bzgl. des Standorts gefasst werden kann.⁵ Darum wurden seitdem Studien zu neun Standortalternativen durchgeführt.

Schlussfolgerungen

In den Bereichen Technik, Umwelt, Umgebung, Zukunftsbeständigkeit und Kosten geben die Standortprüfungen Einsicht in die Eignung der Standorte für die Integration zweier großflächiger Kernkraftwerke. Die letztendliche Abwägung all dieser Aspekte führt zur Veröffentlichung eines Entwurfs der Vorzugsentscheidung (oVKB). Die Ergebnisse des Entwurfs der IEA und des Plan-UVP-Berichts zeigen bei einigen Standorten erhebliche Hindernisse auf. Diese Hindernisse sind in der Summe so bedeutsam, dass diese Standortalternativen nicht mehr als bevorzugte Alternativen in Betracht kommen. Da die Regierung viel Wert darauf legt, den Regionen eindeutige Informationen bereitzustellen, werden nachstehend die wichtigsten Faktoren genannt, die dazu geführt haben, dass diese fünf Standortalternativen nicht mehr in Betracht kommen (eine detailliertere Erläuterung dazu befindet sich in der Schlussbetrachtung des beigefügten Entwurfs der IEA).

- Standort Maasvlakte II kommt aufgrund einer Ballung komplexer Herausforderungen nicht mehr als bevorzugte Alternative in Betracht. Diese komplexen Herausforderungen ergeben sich unter anderem durch den begrenzten Umfang und die Form des Geländes. Für den Bau müssten

⁴ Parlamentsdrucksachen II 2022/23 32 645 Nr. 116

⁵⁵ Parlamentsdrucksachen II 2025/26 32645 Nr. 138

sehr komplexe Bodenarbeiten ausgeführt werden. Hinzu kommt, dass es möglicherweise signifikante Auswirkungen auf Natura 2000-Gebiete durch Stickstoffablagerungen geben kann, Engpässe bei der Einbindung in das Hochspannungsnetz zu erwarten sind und Sicherheitsrisiken, die von den umliegenden Gewerbebetrieben ausgehen oder diese betreffen, berücksichtigt werden müssen. Darüber hinaus würde der Standort Industrieflächen mit Tiefseekais beanspruchen, die der Verwirklichung von wirtschaftlichen Vorhaben von nationalem Interesse in den Bereichen Energiewende und Kreislaufwirtschaft dienen.

- Standortalternative Sloegebiet 1, nahe dem Kernkraftwerk Borssele, kommt nicht mehr in Betracht. Der verfügbare Raum ist an dem Standort zu begrenzt. Um die Kernkraftwerke dort zu ermöglichen, müssten Infrastruktur und ein Deich verlegt werden. Zudem bleiben Sicherheitsrisiken aufgrund des Gas- und zukünftigen Wasserstofftransports. Der zugrunde liegende Wasserstoffcluster würde dadurch unsicher werden. Auch bei diesem Standort geht es möglicherweise um signifikante Auswirkungen auf Natura-2000-Gebiete und Engpässe bei der Einbindung in das Hochspannungsnetz. Dies macht den Standort durch die Bündelung der Faktoren weniger geeignet für den Bau der Kernkraftwerke.
- Standortalternative Sloegebiet 2, das ehemalige Thermphos-Gelände, kommt aufgrund einer Ballung komplexer Herausforderungen nicht mehr in Betracht. Es geht hier insbesondere um die erforderlichen Maßnahmen in Bezug auf Sicherheit (Maßnahmen und Verlagerung von Betrieben), eine komplexe Kühlwasserlösung und den relativ begrenzten verfügbaren Raum. Darüber würde der Standort ebenfalls Tiefseekais beanspruchen, die der Verwirklichung von wirtschaftlichen Vorhaben in den Bereichen Energiewende und Kreislaufwirtschaft dienen. Auch bei diesem Standort geht es um signifikante Auswirkungen auf Natura 2000-Gebiete und Engpässe bei der Einbindung in das Hochspannungsnetz.
- Standortalternative Eemshaven 1A, der Westteil von Eemshaven, kommt aufgrund einer Ballung komplexer Herausforderungen nicht mehr in Betracht. Dies ist auf die Umsiedlung des Vopak-Terminals (Nationale Ölreserve) und den primären Deich zurückzuführen. Für beide wäre ein separates Planverfahren notwendig.
- Standortalternative Eemshaven 2, Gelände des Kraftwerks Eemshaven (RWE). An diesem Standort ist die Komplexität aufgrund des erforderlichen Rückbaus des Kraftwerks Eemshaven und der Verlegung einer Gastransportleitung zu hoch. Der Standort bleibt aufgrund des Gas- und des zukünftigen Wasserstofftransports sowie der Nähe des LNG-Terminals mit Sicherheitsrisiken behaftet.

Aus dem Entwurf der IEA ergibt sich auch, dass die Einbindung der geplanten Kernkraftwerke eine Herausforderung darstellt, aber an den verbleibenden Standortalternativen gemäß dem aktuellen Kenntnisstand doch möglich erscheint. Wie der Entwurf zeigt, hat die Regierung in Bezug auf die verbleibenden

Standortalternativen Abwägungen vorzunehmen, um die Umsetzung der Kernkraftwerke zu ermöglichen. Die verbleibenden Standortalternativen:

- Eemshaven in Groningen. Die zwei Alternativen 1B und 3 am Eemshaven, bzw. auf Agrarflächen im Eemmapolder, sowie der Standort des Kraftwerk Eems von ENGIE gehen aus der Analyse unter Umwelt- und technischen Gesichtspunkten als die geeignetsten Standorte hervor. Laut TenneT sind hier für die Einbindung in das Hochspannungsnetz, ergänzend zu den bereits geplanten Netzwerkerweiterungsprojekten, keine zusätzlichen Investitionskosten erforderlich.
- Der Standort Terneuzen in Zeeland. Diesbezüglich nennen der Entwurf der IEA und die Plan-UVP zwei Varianten im Industriegebiet De Mosselbanken und auf Agrarflächen im Paulinapolder. Die Netzeinbindung an diesem Standort erfordert jedoch einschneidende Maßnahmen.

Zudem harmonisiert die Einbindung der Kraftwerke im Eemshaven besser mit der Einbindung von vier Anlandungen an anderer Stelle im Land aus dem Programm Verbindungen Offshore-Anlandung (Verbindungen Aanlanding Wind op Zee (pVAWOZ)) als die Standorte in Zeeland und auf der Maasvlakte. Dies wird im folgenden Absatz näher erläutert. Aus den Standortprüfungen ergeben sich neben der Netzeinbindung verschiedene andere wichtige Punkte zu den Standortalternativen in Eemshaven und Terneuzen, darunter die Auswirkungen auf Natura 2000-Gebiete. In nächster Zeit werden weitere Analysen zu den verbleibenden Standorten ausgeführt, und es finden Gespräche mit weiteren Behörden und anderen Beteiligten statt. Die Regierung berücksichtigt bei der Auswahl eines bevorzugten Standorts sowohl technische Aspekte als auch die (politisch-administrative) lokale und regionale Akzeptanz. Der Textabschnitt über die Folgeschritte geht darauf näher ein. Auf Basis der Gesprächsergebnisse und der weiteren Analysen werden die IEA und die Plan-UVP finalisiert.

Die beteiligten Behörden und Betroffenen in den Regionen Sloegebiet und Maasvlakte sind in groben Zügen über die Ergebnisse des Entwurfs der IEA informiert. Für das Sloegebiet werden noch andere Möglichkeiten im Bereich der Kernenergie besprochen (dies betrifft etwa Chancen für den weiteren Ausbau des nuklearen Ökosystems, siehe dazu auch Abschnitt 2.2 in der Anlage). Diese Möglichkeiten sind auch Bestandteil des Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahrens, das bis heute mit der Region und den Beteiligten durchlaufen wurde. Auch für die anderen Energieprojekte wird die Zusammenarbeit zwischen Staat und Regionen fortgesetzt. Die Art und Weise, in der dies geschieht, wird im Bericht zum Fortschritt der verschiedenen Arbeitsstränge näher erläutert (siehe Anlage). Dort findet sich auch eine detailliertere Erläuterung der Standortprüfungen und des Folgeverfahrens innerhalb des Projektverfahrens.

Einbindung großflächiger Stromerzeugung im Stromnetz ist sehr komplex. Ein wichtiger Bestandteil der Abwägung zwischen den verbleibenden Standorten ergibt sich aus der Komplexität der Einbindung in das Hochspannungsnetz der Kraftwerke. Das Stromsystem besteht grundsätzlich aus der Stromerzeugung (Angebot), den Stromverbrauchern (Nachfrage) sowie die Verbindungen zwischen

Nachfrage und Angebot (Transport). Bei der Einbindung neuer großflächiger Erzeugungsquellen müssen ausreichend Möglichkeiten vorhanden sein, um den erzeugten Strom zu den Verbrauchern zu transportieren. Dies ist jedoch nicht überall selbstverständlich. Man denke an begrenzte Netzkapazitäten oder eine Konzentration neuer Erzeugungsquellen an Standorten mit geringer lokaler Nachfrage. Ist der Transport des Stroms in andere Teile des Landes unmöglich, kann es vorkommen, dass das Angebot abgeschaltet werden muss. TenneT stößt bei der Erweiterung des nationalen 380-kV-Stromnetzes an die Grenzen der technischen Möglichkeiten, wie im neuesten Investitionsplan 2026 angegeben⁶. Diese Grenzen bestehen unter anderem aus verfügbarem physischen Raum, Sicherheitsanforderungen des Netzes und der Belastbarkeit von Netzkomponenten. Auch die Möglichkeiten des Redispatch (Hochskalierung und Abschaltung) sind aufgrund hoher gesellschaftlicher Kosten begrenzt.

Im Rahmen der oben genannten Abwägungen ist TenneT von der Regierung im letzten Jahr um mehrere Analysen gebeten worden. Ausgangspunkt für diese Analysen war die Einbindung von zwei großen Kraftwerken an einem einzigen Standort. Diese Analysen sind Bestandteil des Entwurfs der IEA und diesem Schreiben als Anlage beigefügt. Zunächst wurde die Einbindung zweier neuer Kraftwerke in das Energiesystem untersucht (TenneT 2026a). Das Programm Verbindungen Offshore-Anlandung (Programma Verbindingen Aanlandingen Wind op Zee (pVAWOZ)) sucht Standorte für vier zusätzliche Anlandungen in den Küstenregionen, ergänzend zum bestehenden Offshore-Windenergie-Fahrplan. Um die Auswirkungen der Einbindung von Kernkraftwerken und diese Anlandungen integral zu betrachten, hat TenneT eine zweite qualitative Analyse erstellt. Darin werden die Ergebnisse früherer Studien zu Kernenergie und Offshore-Wind in ihrem Zusammenhang betrachtet (TenneT 2026b). Aufgrund gestellter Fragen hat TenneT die Situation in Zeeland noch quantitativ in einer letzten Analyse ausgewertet (TenneT 2026c). Diese letzte Analyse gibt das präziseste Bild der drei Analysen.

Die wichtigsten Schlussfolgerungen dieser TenneT-Analysen in Bezug auf die Netzeinbindung der zwei großen Kernkraftwerke und der vier zusätzlichen Offshore-Anlandungen für 2040:

- TenneT geht schlägt vor, sich hinsichtlich der Standorte der Kernkraftwerke aus netztechnischer Sicht am besten für den Eemshaven zu entscheiden. 3,2 GW kombinierte Kapazität an Kernkraftwerken im Eemshaven kann ohne weitere Investitionen von TenneT gleichzeitig mit vier Anlandungen aus pVAWOZ an anderer Stelle an der Küste eingebunden werden. Für eine der vier Anlandungen ist allerdings eine ergänzende lokale flexible Nachfrageentwicklung erforderlich.
- TenneT geht davon aus, dass die Einbindung von Kernkraftwerken im Sloegebiet nicht möglich ist. Die Verbindungen auf Süd-Beveland sind bereits schwer belastet und können nicht erweitert werden.

⁶ [Investitionsplan 2026 Netz an Land](#)

- Für die Einbindung auf der Maasvlakte gibt TenneT an, dass dies nur mit sehr strengen Maßnahmen möglich ist: signifikante Nachfrageentwicklung und starke Eingriffe in das Stromnetz. Außerdem sind an anderen Küstenstellen nur drei zusätzliche Offshore-Windenergie-Anlandungen möglich. Für die vierte Anlandung muss an eine Anlandung landeinwärts gedacht werden. Landeinwärts gelegene Anlandungen sind komplexer und teurer als Küstenanlandungen.
- TenneT analysiert, dass die Einbindung von 3,2-GW-Kernkraftwerken in Terneuzen eingreifende Maßnahmen erfordert, zusätzlich zu der erheblichen erwarteten Zunahme der Stromnachfrage in der Region. Auch die Einbindung von Kernkraftwerken mit einer kombinierten Kapazität von 2,2 GW würde signifikante Maßnahmen erfordern. Zu den möglichen Maßnahmen gehören eine zusätzliche Nachfragesteigerung insbesondere seitens der Industrie und/oder strukturelle Redispatchkosten in Höhe von bis zu mehreren hundert Millionen Euro pro Jahr und/oder die Drosselung bestehender Energieprojekte. Das bedeutet beispielsweise, den Betrieb bestehender (Kern-)Kraftwerke und im Bau befindlicher Offshore-Windparkprojekte zurückzufahren oder einzustellen. Laut TenneT lassen sich an diesem Standort zwei WOZ-Anlandepunkte an anderer Stelle entlang der Küste integrieren, sowie zwei weitere Anlandungen mit einer weiteren erheblichen lokalen Stromnachfrage von einigen Gigawatt. TenneT teilt mit, dass bei dieser Alternative auch eine landeinwärts gelegene Anlandung von Offshore-Windenergie in Betracht gezogen werden kann.

Darüber hinaus weist TenneT darauf hin, dass sich Small Modular Reactors (SMR) aus Gründen der Systemeffizienz gut in eine landesweit verteilte Erzeugungskapazität einbinden ließen. Die Regierung betrachtet SMR als wichtigen Bestandteil des möglichen Ausbaus der Kernenergie auf 7 GW bis 2050, wie in dem Schreiben an das Parlament zum Fahrplan für die Kernenergie erläutert wird. Das derzeitige Projektverfahren konzentriert sich auf die Einbindung von zwei großen Kernkraftwerken an einem einzigen Standort. Man hat sich Anfang 2024 für diesen Ansatz entschieden, da diese Kraftwerke kommerziell verfügbar sind und weltweit bereits zuvor realisiert wurden. Dieser Vorschlag von TenneT zur weiteren Vorgehensweise wird daher im Rahmen des Programms „Energiehoofdstructuur II“ (PEH II) näher geprüft. Dabei wird neben der Systemeffizienz auch eine Abwägung hinsichtlich anderer (räumlicher) Rahmenbedingungen für SMR vorgenommen, wie beispielsweise die Verfügbarkeit von ausreichend Kühlwasser.

Die Analysen von TenneT, die sich mit der Integrierbarkeit von 2,2 GW oder mehr Kernenergie an Standorten befassen, sind für die Integrierbarkeit verschiedener Modelle von Kernreaktoren an einem Standort von Bedeutung. Die Modelle, die mehr Leistung erzeugen, erfordern mehr Maßnahmen. Dies ist Teil der weiteren Ausarbeitung der erforderlichen Nachfrageentwicklung und möglicher politischer Maßnahmen in den kommenden Monaten.

Machbarkeit des Stromnetzes und ein unter Druck stehendes Energiesystem

Im weiteren Sinne bringen die TenneT-Analysen einige wichtige Fragen ans Licht. Die Stromerzeugung aus Kernenergie und Offshore-Windkraft konzentriert sich auf die Küstengebiete, während die Nachfrage über das gesamte Land verteilt ist. Daher besteht ein großer Bedarf an großskaliger Stromübertragung. Dies zeigt sich deutlich in der Provinz Zeeland, wo der erwartete Strombedarf im Jahr 2040 nach Angaben von TenneT maximal 5,4 GW betragen wird, während das Angebot zu Spitzenzeiten bei 12,7 GW liegt (einschließlich 3,2 GW aus den neuen Kernkraftwerken). Dies führt zu erheblichen Engpässen bei der Übertragungskapazität im 380-kV-Hochspannungsnetz in Zeeland, aber auch auf Verbindungen weiter östlich in Nordbrabant. Angesichts der Grenzen beim Ausbau des Stromnetzes bedeutet dies, dass das lokale Angebot und die lokale Nachfrage besser aufeinander abgestimmt werden müssen. In der Aktualisierung des NPE, die am Prinsjesdag veröffentlicht wird, wird die Regierung näher auf die erwartete Entwicklung von Angebot und Nachfrage bis zum Jahr 2040 eingehen.

Die Frage der Einbindung der beiden neuen Kernkraftwerke zeigt somit die Relevanz, Standortentscheidungen aus einer breiteren Systemperspektive zu treffen. Im PEHII trifft die Regierung die Standortentscheidungen unter anderem für die zusätzlichen Ziele im Bereich der Kernenergie (konventionelle Anlagen und SMR, die hauptsächlich für das nationale Stromnetz liefern), zusätzliche (landeinwärts gelegene) Anlandungen sowie andere Energiekraftwerke, auch im Hinblick auf das im Koalitionsvertrag festgelegte Ziel, 40 GW Offshore-Windenergie zu realisieren. Beide Ziele sind für die künftige Energieversorgung von Bedeutung und werden im Zusammenhang mit der Nachfrageentwicklung geprüft. Nach dem Sommer folgt das nächste Schreiben, in dem die Regierung auf mögliche Standorte im Rahmen von PEHII eingeht. Gleichzeitig hat dies auch Auswirkungen auf andere Formen der nachhaltigen Stromerzeugung und die Nachfrageentwicklung. Die Regierung wird dies in der nächsten Zeit weiter untersuchen.

Aktuelle Abwägung bei der Standortwahl zwischen Terneuzen und Eemshaven

Zusammenfassend bedeutet dies, dass die Regierung eine Abwägung vornehmen muss, bei der auf jeden Fall sowohl systemtechnische Aspekte als auch die Akzeptanz der Standorte zu berücksichtigen sind. Das Gesamtbild der durchgeführten Untersuchungen zeigt, dass zwei Standortalternativen im Eemshaven aus raumplanerischer und systemtechnischer Sicht gegenüber Terneuzen als Standorte für neue Kernkraftwerke vorzuziehen sind. Allerdings haben sich die Zweite Kammer, die Provinzialstaaten und die Gemeinderäte bereits zuvor in

Anträgen gegen den Bau von Kernkraftwerken an diesem Standort ausgesprochen⁷.

In einem Gespräch am 5. Juni zwischen dem Staatssekretär für Klima und grünes Wachstum und Vertretern der Kommunalverwaltungen in Groningen über den IEA-Entwurf wurde bestätigt, dass man sich gegen den Bau von Kernkraftwerken ausspricht. Politisch-administrative Unterstützung für den bevorzugten Standort der Kernkraftwerke ist für die Regierung wichtig. Dabei spielt auch eine Rolle, dass sich frühere Regierungen dafür ausgesprochen haben, einen Standort in Zeeland zu wählen, sofern eine entsprechende Auswahlmöglichkeit besteht. Die Unterlagen von TenneT enthalten, wie bereits dargelegt, Einwände hinsichtlich der Machbarkeit der Errichtung in Zeeland. Daher wird im Folgenden unter „Folgemaßnahmen“ erläutert, wie an einer weiteren Analyse der Entwicklung des Strombedarfs in Zeeland gearbeitet wird.

Folgemaßnahmen: weitere Analysen und Gespräche mit der Umgebung
In der kommenden Zeit wird sich die Regierung darauf konzentrieren, die Informationen zu vervollständigen, um einen Entwurf für eine Vorzugsentscheidung bezüglich des Standorts der ersten beiden Kernkraftwerke zu erarbeiten. Im Folgenden werden die geplanten Schritte erläutert.

Gespräche mit der Umgebung

Nach der Veröffentlichung der vorläufigen Ergebnisse sind wir in Groningen, Zeeland und Maasvlakte vor Ort, um uns die ersten Reaktionen anzuhören und Fragen zu beantworten. Nach der Sommerpause werden wir auf der Grundlage der Untersuchungsergebnisse des Entwurfs der IEA und der Plan-UVP weitere Gespräche mit den betroffenen Akteuren (Anwohner, gesellschaftliche Organisationen, Unternehmen, beteiligte Behörden) führen. Wir möchten sorgfältig vorgehen und uns Zeit dafür nehmen. Außerdem werden inhaltliche Gespräche für bestimmte Zielgruppen, wie z. B. gesellschaftliche Organisationen und Unternehmen, organisiert.

Darüber hinaus werden die Gespräche zur Vorbereitung eines möglichen staatlichen Pakets für die Region Zeeland fortgesetzt. Die Bedingungen, die dem Ministerium für Wirtschaft und Klima von der Region vorgelegt wurden, bilden die Grundlage für diese Gespräche (siehe nähere Erläuterungen im Anhang). Dies sind die zuvor genannten Bedingungen aus Zeeland, die Bedingungen von Borsele sowie die aus Terneuzen und Vlissingen eingegangenen Bedingungen. Was die Standorte in Eemshaven betrifft, führt die Regierung zunächst Verwaltungsgespräche über die vorläufigen Ergebnisse des Entwurfs der IEA und der Plan-UVP; derzeit werden noch keine Schritte in Richtung eines Pakets zwischen Staat und Region unternommen.

⁷ Parlamentsdruksachen II 2024/25 32 645 Nr. 145
Provinzialstaaten von Groningen, Antrag „Kein Kernkraftwerk in der Provinz Groningen“ (5. Juni 2024)
Gemeinde Het Hogeland, Antrag „Kein Kernkraftwerk in Het Hogeland“ (3. April 2024)
Gemeinde Eemshaven, Antrag bezüglich der Errichtung von Kernkraftwerken in Eemshaven (23. April 2024)

Anschlussuntersuchung

Zudem wird für Terneuzen Art und Umfang des Strombedarfs ermittelt und welche Strategien und Mittel für die Netzanbindung erforderlich sind. Die Regierung bemüht sich hierbei um die Zusammenarbeit mit den betroffenen Parteien in Zeeland. Zunächst wird von den bestehenden Vorgaben und Plänen zur Verbesserung der Nachhaltigkeit des bestehenden Hafen- und Industriecusters ausgegangen, wobei auch neue energieintensive Industriezweige und andere Sektoren berücksichtigt werden. Dabei wird unter anderem auf frühere Cluster-Energiestrategien und den Ansatz des Nationalen Programms zur Nachhaltigkeit in der Industrie aufgebaut. Die umfassendere Abwägung im Hinblick auf andere raumplanerische Aufgaben rund um Terneuzen wird ebenfalls berücksichtigt. Darüber hinaus werden die möglichen Maßnahmen aus den TenneT-Studien unter politischen Gesichtspunkten geprüft. Diese Informationen fließen in die Entscheidung der Regierung über den bevorzugten Standort ein.

Öffentliche Auslegung der IEA, Plan-UVP und oVKB

Die Regierung geht davon aus, dass diese nächsten Schritte Klarheit darüber verschaffen, welchen Standort die Regierung für die beiden großen Kernkraftwerke bevorzugt. Damit werden die IEA und die Plan-UVP abgeschlossen, und es wird weiter auf den Entwurf der Vorzugsentscheidung hingearbeitet. Die Regierung beabsichtigt, noch vor Jahresende eine endgültige Entscheidung über den bevorzugten Standort zu treffen. Die oVKB wird voraussichtlich in der ersten Hälfte des Jahres 2027 veröffentlicht und zur Einsichtnahme ausgelegt und nicht, wie zuvor angegeben, kurz nach dem Sommer dieses Jahres. Im Rahmen der Auslegung der Plan-UVP, der IEA und des oVKB ist auch eine formelle Beteiligung durch die Einreichung von Stellungnahmen vorgesehen.

Parallel dazu wird weiter an den Vorbereitungen für das Beschaffungsverfahren, am Finanzierungspaket und an der Ausarbeitung eines Pakets zwischen Staat und Region (Rijk-Regiopakket) sowie an der Stärkung des Nuklear-Ökosystems gearbeitet.

Begründung Vorkaufsrecht

Für den Bau der beiden neuen Kernkraftwerke wird Land benötigt. Grundstücke, die sich derzeit im Besitz von Privatpersonen und Unternehmen befinden. Um die gewünschte räumliche Entwicklung im Griff zu behalten, hat der Minister für Wohnungswesen und Raumordnung auf Ersuchen des Staatssekretärs für Klima und grünes Wachstum ein nationales Vorkaufsrecht an zwei Suchstandorten in der Nähe von Terneuzen und Eemshaven begründet. Hier schätzt die Regierung das Risiko von Grundstücksspekulationen und Grundstücksaufteilungen am höchsten ein. Die Begründung des Vorkaufsrechts bedeutet nicht, dass bereits eine Entscheidung über die Bevorzugung eines Standorts getroffen wurde.

Die Ausübung des Vorkaufsrechts in der Nähe von Eemshaven dient dem Neubau von zwei Kernkraftwerken. Die Begründung des Vorkaufsrechts in der Nähe von Terneuzen gilt sowohl für den Neubau von zwei Kernkraftwerken als auch für die Errichtung einer Hochspannungsstation (380 kV). Diese Hochspannungsstation ist

eine Grundvoraussetzung für den Bau der beiden neuen Kernkraftwerke in Terneuzen. Das nationale Vorkaufsrecht räumt dem Staat das erste Recht zum Ankauf ein und verhindert, dass die für die geplanten Raumordnungsvorhaben vorgesehenen Grundstücke von Dritten erworben werden. Außerdem verhindert das nationale Vorkaufsrecht Bodenspekulationen und eine Zersplitterung des Grundbesitzes, wodurch geplante Entwicklungen eingeschränkt würden.

Bis zur Standortwahl für die beiden neuen Kernkraftwerke beabsichtigt die Regierung nicht, die Grundstücke aktiv zu erwerben. Sobald mehr Klarheit über die Standortwahl und die Gestaltung des Gebiets innerhalb des Standorts besteht, wird der Standort, auf den sich das Vorkaufsrecht bezieht, soweit möglich eingegrenzt. Ein nationales Vorkaufsrecht zwingt Grundstückseigentümer nicht dazu, ihr Grundstück zu verkaufen. Für Unternehmen und Anwohner, die ihre Grundstücke verkaufen möchten, wird der Staatsim mobiliendienst Gespräche auf der Grundlage marktgerechter Preise aufnehmen.

Die betroffenen Grundstückseigentümer, Nutzer, Anwohner und Gemeinden wurden über die Begründung des Vorkaufsrechts informiert. Die Regierung steht in ständigem Dialog mit den Betroffenen, um deren eventuelle Bedenken und Wünsche anzuhören, und wird sie über den Fortgang der möglichen Raumplanung auf dem Laufenden halten.

Zum Schluss

Kernenergie erhöht die Robustheit und Widerstandsfähigkeit des niederländischen Energiesystems. Der Neubau von Kernkraftwerken ist daher für eine ausreichende und zuverlässige Energieversorgung in den Niederlanden unerlässlich. Mit diesem Schreiben informieren wir Ihr Parlament über die Ergebnisse der Standortprüfungen und geben bereits vor September 2026 eine Orientierung darüber, welche bevorzugten Standorte noch in Frage kommen. Damit schaffen wir Klarheit für die Anwohner und Betroffenen in den Gebieten, die Teil des Projektverfahrens sind. Indem jetzt eine Richtung vorgegeben wird, können die skizzierten parallelen Arbeitsansätze, wie beispielsweise das „Rijk-Regio“-Paket, gezielter umgesetzt werden. Wir sind uns bewusst, dass diese Mitteilung insbesondere Auswirkungen auf die Einwohner der Regionen Groningen und Zeeland hat. So bald wie möglich nach dem Versand dieses Schreibens werden wir in den Regionen vor Ort sein, um Fragen zu beantworten und Bedenken zu erörtern. Nach dem Sommer werden verschiedene Veranstaltungen organisiert. Auch mit Ihrem Parlament möchten wir gerne darüber ins Gespräch kommen.

Mit den oben erläuterten Schritten sammeln wir die erforderlichen Entscheidungsgrundlagen, um die Wahl eines Standorts für die ersten beiden Kernkraftwerke treffen zu können. Die Regierung strebt an, dies noch vor Jahresende zu realisieren. Damit ist die Veröffentlichung des oVKB in der ersten Hälfte des Jahres 2027 zu erwarten.

Hochachtungsvoll

Jo-Annes de Bat
Staatssekretär für Klima und Grünes Wachstum

Stientje van Veldhoven
Ministerin für Klima und Grünes Wachstum

Anlagen zu diesem Dokument:

- Fortschritt Arbeitsstränge Neubau Kernkraftwerke

Separate Anlagen:

- Neubau Kernkraftwerke: Gesamtfolgenabschätzung (IEA, Entwurf, Antea Group, 2026a)
- Neubau Kernkraftwerke. Plan-UVP (Entwurf, Antea Group, 2026b) und Zusammenfassung
- Studie Netzeinbindung Kernenergie (TenneT, 2026a)
- Mitteilung zur Netzintegration von Kernkraftwerken und Offshore-Windparks (TenneT, 2026b)
- Mitteilung mit ergänzender Analyse (TenneT, 2026c)

Anlage: Fortschritt Arbeitsstränge Neubau Kernkraftwerke

Die folgenden Abschnitte geben für jeden Bauabschnitt einen Überblick über die wichtigsten Fortschritte beim Neubau der beiden großen Kraftwerke. Parallel zu den nächsten Schritten bei der Standortwahl und dem „Rijk-Regiopakket“ arbeitet die Regierung weiter an den Arbeitssträngen, die auf die Stärkung des Nuklear-Ökosystems und die Ausarbeitung eines Finanzierungspakets abzielen. Darüber hinaus treibt NEO NL die Vorbereitungen für das Beschaffungsverfahren weiter voran.

1. Standortwahl Neubau Kernkraftwerke

1.1 Ziel

Anfang 2024 wurde das Planungsverfahren für den Bau von zwei großen Kernkraftwerken eingeleitet. Im Rahmen des Projektverfahrens werden derzeit die Vorbereitungen für die (vorläufige) Vorzugsentscheidung bezüglich des Standorts und anschließend für den Projektbeschluss getroffen. Für die Vorzugsentscheidung werden eine Plan-UVP und eine Gesamtfolgenabschätzung (IEA) erstellt. Diese (Standort-)Untersuchungen stehen kurz vor dem Abschluss. Die vorläufigen Ergebnisse sind in Berichtsentwürfen beschrieben. Diese sind diesem Schreiben beigelegt und können auf der Projektseite der RVO sowie unter www.overkernenergie.nl abgerufen werden.

1.2 Stand der Dinge

In den Gebieten Eemshaven, Maasvlakte II, Sloegebied und Terneuzen wurden insgesamt sieben Standorte untersucht, darunter zwei Standorte mit jeweils zwei Varianten. Insgesamt gibt es neun Standortalternativen. Das endgültige Papier zu Umfang und Detaillierungsgrad (Notitie Reikwijdte en Detailniveau (NRD)) wurde im Januar dieses Jahres festgestellt. Dabei wurden auch rund 500 Reaktionen auf den NRD-Entwurf beantwortet. Die NRD bestimmt den Aufbau und den Umfang der Umweltuntersuchungen. Parallel wurden die Umweltverträglichkeitsprüfung (planMER) und die Gesamtfolgenabschätzung (IEA) ausgearbeitet. Im Vorfeld der Veröffentlichung der vorläufigen Untersuchungsergebnisse der Plan-UVP und der IEA hat das Ministerium die Umgebungssituation und die Schnittstellenanalyse, die in der IEA enthalten sind, bei den dezentralen Behörden in Groningen, Südholland und Zeeland überprüft. Die übrigen inhaltlichen Ergebnisse werden in der kommenden Zeit bei den Interessengruppen in der Region überprüft, darunter beteiligte Behörden, (Hafen-)Unternehmen und gesellschaftliche Organisationen. Aufgrund dieser Gespräche sind im Vorfeld der Veröffentlichung des Entwurfs der Vorzugsentscheidung noch inhaltliche Anpassungen zu erwarten.

Vorläufige Ergebnisse und weitere Vorgehensweise:

Die vorläufigen Ergebnisse zeigen bereits jetzt, dass eine Reihe von Standortalternativen nicht als bevorzugte Alternative in Frage kommen. Mit diesem Schreiben an das Parlament möchte die Regierung bereits während des laufenden Projektverfahrens so viel Klarheit wie möglich schaffen und kommt damit dem Wunsch der Regionen und des Parlaments entgegen. Es fand ein

Austausch mit den zuständigen Verwaltungsbeamten aus den Regionen über die Ergebnisse der vorläufigen Untersuchungen und deren Bedeutung für das weitere Vorgehen statt.

1.3 Planung und Risiken

Um diese Inhalte zu begleiten, werden wir in den kommenden Wochen bis zur Sommerpause Gespräche mit Einwohnern, gesellschaftlichen Organisationen und Unternehmen in Groningen, Zeeland und Flandern führen, bei denen die Möglichkeit geboten wird, Fragen zu stellen und Anliegen zu äußern. In Deutschland wird der Bedarf an solchen Veranstaltungen noch geprüft. Nach der Sommerpause werden vertiefende Gespräche mit den Beteiligten geführt, in denen wir die vorläufigen Untersuchungsergebnisse überprüfen. Aus diesen Gesprächen ergeben sich möglicherweise noch Anpassungen, die in die Entscheidungsgrundlage für die oVKB einfließen.

Die formelle Auslegung der Berichte mit dem Entwurf der Vorzugsentscheidung erfolgt im Jahr 2027. Zudem ist dann eine formelle Beteiligung durch die Einreichung einer Stellungnahme möglich.

Parallel zum Projektverfahren hat die Regierung mit der Aktualisierung des Programms für die Energie-Kerninfrastruktur (PEH II) begonnen, in dessen Rahmen Vorzugsgebiete für die Kernkraftwerke 3 und 4 ausgewiesen werden sollen. Dabei werden sowohl konventionelle Kraftwerke als auch SMR berücksichtigt. In dem Schreiben zum Fahrplan, das gleichzeitig mit diesem Schreiben an das Parlament übermittelt wird, wird der Prozess rund um PEH II näher erläutert. Die Ergebnisse des laufenden Projektverfahrens werden möglicherweise Auswirkungen auf die in PEH II berücksichtigten Gebiete haben. Sollte sich bei der Vorzugsentscheidung herausstellen, dass bestimmte Gebiete für zwei große konventionelle Kraftwerke nicht geeignet sind, werden diese im Rahmen von PEH II auch nicht weiter als potenziell geeignete Standorte für den Bau von zwei großen Kernkraftwerken in Betracht gezogen.

2. Umgebungsverfahren und Paket „Rijk-Regio“

2.1 Ziel

Um zu einer endgültigen Standortentscheidung zu gelangen, legt die Regierung Wert auf ein sorgfältiges und transparentes Raumplanungsverfahren, bei dem die Interessengruppen in den betroffenen Regionen einbezogen und gebeten werden, sich zu Inhalt und Ablauf des Verfahrens zu äußern. Angesichts der erheblichen und langfristigen Auswirkungen des Baus von Kernkraftwerken strebt die Regierung zudem gemeinsam mit der Region ein Maßnahmenpaket für die Region an, in der die Kernkraftwerke errichtet werden. Es handelt sich um ein Maßnahmenpaket, das sowohl darauf abzielt, die durch die Bauarbeiten verursachten Beeinträchtigungen zu reduzieren, als auch der Region, in der die Kernkraftwerke letztendlich errichtet werden sollen, sozioökonomische Perspektiven zu bieten. Auf diese Weise erreichen wir, dass der Bau der

Kernkraftwerke nicht nur für die Niederlande, sondern auch für die Region von Vorteil ist.

2.2 Stand der Dinge

Parallel zur Vorbereitung des Standortbeschlusses wurde im September 2024 für Zeeland bereits ein Prozess zur Ausarbeitung eines „Rijk-Regiopaket“ durch die Unterzeichnung einer Absichtserklärung⁸ eingeleitet. Unter der Leitung des Regional-Koordinators für Zeeland, Raymond Knops, finden dort Gespräche über die Vorbereitungen für ein Maßnahmenpaket statt. Im Januar 2026 hat der Regional-Koordinator seinen dritten Empfehlungsschreiben vorgelegt⁹. Dieses Empfehlungsschreiben enthält Punkte, die von der Regierung, den Gemeinden Borsele, Terneuzen und Vlissingen sowie der Provinz Zeeland gemeinsam ausgearbeitet werden sollen. Diese Empfehlungen sowie die Stellungnahme der Regierung zu den Empfehlungen lauten wie folgt:

- 1. Einbeziehung der „Nucleaire Energie Organisatie Nederland B.V.“ in die Politikgestaltung (NEO NL) rechtzeitig an das Kernteam des „Rijk-Regiopaket“ und die regionalen Akteure weiterleiten, damit NEO NL rechtzeitig Kenntnis von Bedenken und Chancen erlangen und diese gegebenenfalls in etwaige Vorbereitungsarbeiten einbeziehen kann.*
Die Regierung bekräftigt, wie wichtig es ist, NEO NL rechtzeitig in das Kernteam des „Rijk-Regiopaket“ und die beteiligten regionalen Akteure einzubeziehen. Sollte im Entwurf der Vorzugsentscheidung ein Standort in Zeeland festgelegt werden, wird NEO NL mit der Region an einem Tisch sitzen, um Gespräche über die Ausarbeitung konkreter Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem „Rijk-Regiopaket“ zu führen.
Bis dahin verfolgt NEO NL den vom Regional-Koordinator in Zeeland über das Ministerium für Wirtschaft und Klima durchgeführten Prozess. Auf diese Weise bleibt NEO NL über die in der Umgebung festgestellten Probleme und Chancen auf dem Laufenden und kann bei Bedarf entsprechende Hinweise geben.
- 2. Es ist wichtig, dass die Behörden weiterhin im gleichen Tempo und gemeinsam voranschreiten. Behalten Sie auf behördlicher und Verwaltungsebene die (gemeinsamen) Anliegen und Chancen des jeweils anderen im Blick, seien Sie aber auch offen für möglicherweise unterschiedliche Ziele, Perspektiven und Erwartungen*
Die Regierung misst der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Behörden in der Region große Bedeutung bei und möchte diese Zusammenarbeit in den kommenden Phasen fortsetzen. Dabei behalten wir sowohl gemeinsame Interessen als auch mögliche Unterschiede hinsichtlich der Ziele, Erwartungen und Perspektiven im Blick.
- 3. Die Behörden sollten zusammenarbeiten, um schrittweise transparent zu machen, wann welche Informationen und Studien verfügbar werden,*

⁸ Anlage zu Parlamentsdrucksachen II 2023/24 32 645 Nr. 131

⁹ [Dritter Empfehlungsbrief des regionalen Koordinators: Zwischenbilanz zum „Rijk-Regiopaket Zeeland“ | Kernenergie in den Niederlanden](#)

damit die Kommunikation und die entsprechenden Folgemaßnahmen gut aufeinander abgestimmt werden können.

Wie bereits erwähnt, legt die Regierung großen Wert auf die Zusammenarbeit. Gemeinsam mit den anderen Behörden wird konstruktiv und positiv an einem Zeitplan gearbeitet, der die kurzfristig verfügbaren Informationen und Studien enthält.

Seit 2025 werden auch die Regionen Südholland und Groningen unterstützt, Wissen über die mögliche Errichtung von Kernkraftwerken aufzubauen und lokale und regionale Expertise einzubringen, um einen guten und sorgfältigen Beteiligungsprozess zu gewährleisten. Für Gebiete, die nicht mehr als Standorte für Kernkraftwerke in Frage kommen, können dieser Prozess, die gewonnenen Erkenntnisse und die aufgebauten Netzwerke möglicherweise zugunsten der Bürgerbeteiligung bei anderen Energieprojekten und eventuell für die weitere räumliche Ausgestaltung des Fahrplans für PEHII genutzt werden.

Was die Standorte im Eemshaven betrifft, führt die Regierung zunächst Verwaltungsgespräche über die vorläufigen Ergebnisse der Gesamtfolgenabschätzung. Wenn dieser Standort letztlich ausgewählt werden sollte, wird mehr Zeit benötigt, um ein Rijk-Regiopakket auszuarbeiten. Wie in dem Schreiben angegeben, werden die Gespräche in Zeeland in der kommenden Zeit im Vorfeld einer Standortentscheidung fortgesetzt. In den laufenden Gesprächen wird der Schwerpunkt verstärkt auf Terneuzen liegen, und es sollen Perspektiven für eine darauf ausgerichtete mehrjährige Zusammenarbeit erörtert werden. Darüber hinaus werden gemäß den Empfehlungen im dritten Empfehlungsschreiben des Regional-Koordinators in dieser Phase mögliche strategische Vereinbarungen vorbereitet, wobei unter anderem die Lebensqualität, die Wirtschaft, die Natur und die Infrastruktur im Mittelpunkt stehen, die im Falle einer möglichen Errichtung von Kernkraftwerken der gesamten Region zugute kommen. Dabei wird auch geprüft, für welche Bereiche im Falle des möglichen Baus von Kernkraftwerken bereits vor Baubeginn Investitionen erforderlich sein werden. Außerdem werden konkrete und umsetzbare Vereinbarungen über die künftige Zusammenarbeit zwischen dem Staat, dem künftigen Initiator NEO NL, der Region und anderen relevanten Akteuren ausgearbeitet.

Einige der möglichen Maßnahmen, über die in der letzten Zeit mit Zeeland gesprochen wurde, sind für die Region ohnehin sinnvoll und notwendig. So bemüht sich die Regierung, um Anteile an der ZEH Energy B.V. (ZEH), die 70 % der Anteile an EPZ (dem Betreiber des Kernkraftwerks Borssele) hält, zu übernehmen. Ohne den Ergebnissen dieser Verhandlungen vorzugreifen, wird sich das EZK – sollte es zu einer Übernahme kommen – als (indirekter) Anteilseigner von EPZ dafür einsetzen, eine langfristige Strategie für EPZ zu entwickeln, die im Interesse des Unternehmens liegt und mit den öffentlichen Interessen im Einklang steht. Die wichtigste Priorität wäre dann, sofern dies machbar ist, eine Verlängerung der Betriebsdauer über das Jahr 2033 hinaus zu realisieren.

Es wurde bereits festgestellt, dass es in der Gemeinde Borsele auch ohne den Bau von Kernkraftwerken zu einer Häufung großer (zukünftiger) Energieprojekte kommen könnte, die Auswirkungen auf die Lebensumgebung haben. Das EZK behält dies im Rahmen der laufenden Projektverfahren von weiteren Energieprojekten weiterhin im Auge.

Darüber hinaus wird in der Region derzeit bereits einiges unternommen, um das nukleare Ökosystem in den Niederlanden und insbesondere in Zeeland sowie in der Umgebung von Borssele weiter auszubauen. So hat EPZ kürzlich eine Absichtserklärung (Memorandum of Understanding, MoU) mit dem niederländischen Start-up Thorizon unterzeichnet, das einen Salzsäuremelzreaktor entwickelt. In dieser Absichtserklärung wird unter anderem angekündigt, dass geprüft werden soll, ob der erste Reaktor von Thorizon möglicherweise auf dem EPZ-Gelände aufgestellt werden kann.

Darüber hinaus arbeitet die Regierung an der Einrichtung von drei regional verankerten Nuklear-Hubs im Bereich der Fachhochschulen. Der erste Hub für die Region Zeeland wird von der HZ University of Applied Sciences und der Avans Hogeschool eingerichtet und konzentriert sich auf nukleare Sicherheit und großskalige Energieerzeugung. Der zweite Hub wird von Saxion im Osten der Niederlande/in Twente in den Bereichen Digitalisierung und dezentrale/SMR-Integration eingerichtet. Der dritte Hub befindet sich noch in der Entwicklung und wird zu einem späteren Zeitpunkt eingerichtet (weitere Erläuterungen und nächste Schritte finden sich im Schreiben zum Fahrplan für 7 GW). Zudem wird gemeinsam mit der Nuclear Academy, der HZ University of Applied Sciences und Scalda daran gearbeitet, die Ausbildung im Bereich der Kerntechnik zu stärken, indem gemeinsam der Minor „Kerntechnik“ und das Wahlfach „Kerntechnik“ entwickelt werden. Der Minor und der Wahlbereich sind gute regionale Beispiele für eine Stärkung mit landesweiter Wirkung (siehe weitere Erläuterungen unten unter Punkt 4 „Stärkung des Nuklear-Ökosystems“).

2.3 Planung und Risiken

Die Planung des „Rijk-Regiopakket“ und die Planung des Entwurfs der Vorzugsentscheidung verlaufen parallel. Verzögerungen bei der Ausarbeitung eines Entwurfs für die Vorzugsentscheidung werden zu Verzögerungen bei der Vorlage des vorläufigen Rijk-Regiopaket führen. Wie bereits im vorherigen und im vorliegenden Schreiben an das Parlament erläutert wurde, wird für ein mögliches Rijk-Regiopaket in Groningen mehr Zeit benötigt. Falls erforderlich, werden die Vorgehensweise und die Planung hierfür gemeinsam mit Groningen ausgearbeitet.

3. Beschaffungsverfahren Technologie

3.1 Ziel

Die Projektgesellschaft NEO NL wurde am 16. Februar 2026 gegründet und ist die juristische Person, die den Auftrag für den Bau der neuen Kernkraftwerke

vorbereiten und letztendlich erteilen soll¹⁰, Vor der Vergabe dieses Auftrags muss ein Lieferant für die Kernreakorttechnologie ausgewählt werden. Es ist vorgesehen, dass dieser Technologieanbieter während der gesamten Lebensdauer der Kernkraftwerke weiterhin eingebunden bleibt. In dem Schreiben an das Parlament vom 17. März 2025¹¹, hat die Regierung Sie darüber informiert, dass die beiden potenziellen Technologieanbieter, das amerikanische Unternehmen Westinghouse und das französische Unternehmen EDF, weiterhin im Rennen sind.

3.2 Stand der Dinge

Derzeit arbeitet NEO NL weiter an der Ausgestaltung des geplanten Vergabeverfahrens, um einen Auftragnehmer für das Neubauprojekt zu ermitteln. Dabei muss sie den Fortschritt bei der Ausarbeitung des Entwurfs der bevorzugten Entscheidung für den Standort berücksichtigen.

Beschleunigungsoptionen

Der Antrag von De Groot¹² fordert, erneut auf die Möglichkeiten zur Beschleunigung einzugehen, und der Antrag von De Groot und Jumelet¹³ fragt nach den Möglichkeiten zur Beschleunigung und der Einleitung reversibler Arbeiten mit akzeptablen Risiken. In früheren Schreiben¹⁴¹⁵ ist die Regierung auf das mögliche Beschleunigungsverfahren eingegangen. Dazu gehört beispielsweise die Prüfung, ob vor Erteilung der endgültigen Genehmigung reversible Arbeiten am Standort durchgeführt werden können. Darüber hinaus könnte die Regierung in Erwägung ziehen, die Reaktorbehälter und andere komplexe Produkte (sogenannte „Long-Lead-Items“) für das endgültige Investitionsvorhaben bereits frühzeitig von NEO NL bestellen zu lassen. Darüber hinaus wird auf eine schrittweise Umsetzung paralleler Arbeitsabläufe gesetzt, um auch so die Effizienz zu steigern und das Neubauprojekt möglicherweise zu beschleunigen. Die Regierung wird diesen Ansatz im weiteren Verlauf beibehalten und setzt damit die Anträge um.

3.3 Planung und Risiken

Die Wahl des Standorts hat Einfluss auf das Beschaffungsverfahren. Spezifische Eigenschaften wie beispielsweise die Lage, die Bodenqualität und die Kühlwasserkonfigurationen bestimmen das Angebot und die Planungsrisiken, die die Technologieanbieter eingehen. Komplikationen bei der Standortwahl können ebenfalls den Beschaffungsprozess (bzw. dessen Beginn) verzögern.

4. Stärkung des nuklearen Ökosystems

4.1 Ziel

¹⁰ Parlamentsdrucksache II 2025/26 36 839 Nr. 2

¹¹ Parlamentsdrucksache II 2024/25 32645 Nr. 139

¹² Parlamentsdrucksachen II 2025/26 31 239 Nr. 438

¹³ Parlamentsdrucksachen II 2025/26 36 800 Nr. 24

¹⁴ Parlamentsdrucksachen II 2024/25 32 645 Nr. 156

¹⁵ Parlamentsdrucksachen II 2025/26 32 645 Nr. 161

Für die Verwirklichung der nuklearen Ziele ist ein starkes nukleares Ökosystem unverzichtbar. Aus diesem Grund arbeitet die Regierung am Aufbau von Fachwissen, an der Entwicklung von Netzwerken und an der Umsetzung konkreter Maßnahmen in den folgenden, miteinander verbundenen Bereichen: der (nuklearen) Wissensbasis und -infrastruktur, der Kernbrennstoff- und Wertschöpfungskette sowie der internationalen Zusammenarbeit. In diesem Schreiben beschreibe ich vor allem die bisherigen Fortschritte. In dem Schreiben zum Fahrplan (das ich parallel an Ihr Parlament gesendet habe) gehe ich auf die Aussichten für die kommenden Jahre ein.

4.2 Stand der Dinge

Das mehrjährige, auf Missionsziele ausgerichtete Innovationsprogramm „Kernenergie“ (im Folgenden: MMIP Kernenergie) zielt darauf ab, die Wissensbasis und die Infrastruktur im Bereich der Kernenergie zukunftssicher zu machen. Das MMIP Kernenergie besteht aus zwei Teilprogrammen: der „Human Capital Agenda Kernenergie“ und dem Wissens- und Innovationsprogramm.

Human Capital Agenda

Im Rahmen der „Human Capital Agenda Kernenergie“ wird darauf hingearbeitet, ausreichend qualifiziertes Personal für den Bau und den Betrieb neuer Kernkraftwerke sowie für die Anwendung nuklearer Technologien zu gewinnen und auszubilden. Im Einklang mit dem Antrag von Eerdmans¹⁶ hat die Regierung den Ausbildungsbedarf und die Kapazitäten des Nuklearsektors im Hinblick auf die niederländischen Ziele im Nuklearbereich ermittelt. Am 4. Februar 2025 wurden die Ergebnisse dieser vom Forschungsinstitut Technopolis durchgeführten Bestandsaufnahme Ihrem Parlament vorgelegt¹⁷. Die Regierung betrachtet diesen Antrag damit als erledigt. Die Ergebnisse des Berichts wurden herangezogen, um die Maßnahmen im Bereich Human Capital weiter zu konkretisieren. Hierfür wurden vier Handlungsstränge definiert:

- Förderung technischer Fachkräfte auf dem niederländischen Arbeitsmarkt;
- Ausbau der Wissensbasis im Bereich der Kernenergie auf der Ebene der beruflichen Bildung, der Fachhochschulen und der Universitäten;
- Erweiterung des Angebots an Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für den Nuklearsektor;
- Stärkung der Wettbewerbsposition des niederländischen Nuklearsektors auf dem Arbeitsmarkt.

Einige Ergebnisse, die in der letzten Zeit erzielt wurden:

- Nuclear Academy: Die Nuclear Academy arbeitet gemeinsam mit regionalen Partnern an der Entwicklung von Ausbildungs- und Schulungsprogrammen im Bereich der Nukleartechnologie, insbesondere auf der Ebene der beruflichen Sekundarstufe (MBO) und der Fachhochschulen (HBO). Für die Durchführung der Aktivitäten der Nuclear

¹⁶ Parlamentsdrucksachen II 2024/25, 32 645 Nr. 140

¹⁷ Anlage zu Parlamentsdrucksachen II 2024/25 32 645 Nr. 135

Academy steht von 2026 bis einschließlich 2028 ein Budget von 3 Millionen Euro zur Verfügung.

- Praktika im berufsbildenden Sekundarbereich: Zur Stärkung der beruflichen Bildung und Forschung wird derzeit geprüft, wie Praktika im Bereich der Kernenergie gestaltet werden können. Aus dem MMIP Kernenergie stehen hierfür insgesamt Mittel in Höhe von 3,1 Millionen Euro zur Verfügung.
- Kompetenzzentren für Fachhochschulbildung und Forschung: Sechs Fachhochschulen und die Koordinierungsstelle SIA arbeiten gemeinsam am Aufbau von drei regional verankerten Wissenszentren, um Lehre und Forschung zu verschiedenen Themen aus dem Bereich der Kernenergie zusammenzuführen. Der erste Hub für die Region Zeeland wird von der HZ University of Applied Sciences und der Avans Hogeschool eingerichtet. Der zweite Hub wird von Saxion im Osten der Niederlande/in Twente eingerichtet. Der dritte Hub befindet sich noch in der Entwicklung und wird zu einem späteren Zeitpunkt eingerichtet. Aus dem MMIP Kernenergie stehen hierfür insgesamt Mittel in Höhe von 5,6 Millionen Euro zur Verfügung. Außerdem wird die Entwicklung einer landesweiten Online-Lerngemeinschaft geprüft.
- Stärkung der Hochschulausbildung: Derzeit wird gemeinsam mit interessierten Universitäten geprüft, welcher Bedarf und welche Möglichkeiten bestehen, um die Hochschulausbildung im Bereich der Kernenergie sowohl in technischer als auch in sozioökonomischer Hinsicht zu stärken. Aus dem MMIP Kernenergie stehen hierfür insgesamt Mittel in Höhe von 5,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Wissen und Innovation: Forschungs- und Innovationsregeln

Im Rahmen des Wissens- und Innovationsprogramms MMIP Kernenergie wird durch verschiedene Programme und Projekte auf die Weiterentwicklung des Wissens- und Innovationsökosystems im Nuklearbereich hingearbeitet. In dem Schreiben zum Fahrplan für 7 GW werden die Ziele im Bereich Wissen und Innovation zur Stärkung des niederländischen Nuklearsektors erörtert.

Nukleare Wertschöpfungskette

Neben der Notwendigkeit einer starken niederländischen Wertschöpfungskette zur Gewährleistung des Baus und der Liefersicherheit bietet die Stärkung der niederländischen Wertschöpfungskette Chancen, den Anteil der in den Niederlanden ansässigen Unternehmen innerhalb der globalen Nuklearindustrie zu erhöhen. Die Regierung hat sich daher in den vergangenen Monaten darauf konzentriert, die nukleare Wertschöpfungskette (neu) zu organisieren und die Möglichkeiten für eine Ansiedlung im Einklang mit den geltenden Gesetzen und Vorschriften zu ermitteln. Im Hinblick auf die Organisation der Wertschöpfungskette wurden verschiedene Schritte unternommen. So wurden gemeinsam mit der Branche Instrumente entwickelt, die dazu beitragen, dass Unternehmen im Nuklearbereich tätig werden können. Die Veranstaltung „Made for nuclear“ fand am 24. November 2025 als Auftakt für die niederländische nukleare Wertschöpfungskette statt. Diese erfolgreiche Veranstaltung brachte

über 500 Teilnehmer aus der niederländischen (Fertigungs-)Industrie, von Technologieanbietern und Ökosystempartnern zusammen.

Darüber hinaus wird der Schwerpunkt auf die Stärkung der organisatorischen Fähigkeiten gelegt: Um das aufgebaute Netzwerk weiter zu festigen, wurde unter der Leitung von „Nuclear Nederland“ in Abstimmung mit u. a. VNO-NCW, FME und den regionalen Entwicklungsgesellschaften (ROMs) die Arbeitsgruppe „Made for Nuclear“ ins Leben gerufen, um praktische Schritte zur Weiterentwicklung der nuklearen Wertschöpfungskette zu unternehmen.

4.3 Planung und Risiken

Nur Projektanträge, die den Vorschriften für staatliche Beihilfen entsprechen, kommen für eine Förderung in Betracht. Zudem gelten bestimmte Zulässigkeits- und Bewertungskriterien, die die endgültige Investitionsentscheidung beeinflussen. Im Hinblick auf die Human Capital Agenda und die weitere Stärkung des bereits aufgebauten Netzwerks rund um die nukleare Wertschöpfungskette arbeiten die beteiligten Akteure aus der Praxis derzeit an der weiteren Ausarbeitung (und künftigen Umsetzung) der Pläne, wobei das Ziel darin besteht, bis Ende 2026 einen breit getragenen Ansatz zu entwickeln. Insgesamt ist das Maß, in dem es dem Ökosystem gelingt, mit den nuklearen Ambitionen der Regierung Schritt zu halten – beispielsweise durch die Gewinnung von ausreichend qualifiziertem Personal – ein wichtiger Schwerpunkt.

5. Finanzierung

5.1 Ziel

Im Schreiben an das Parlament von Oktober 2025¹⁸ hat die Regierung die Grundzüge des „Government Support Package“ (im Folgenden: GSP) für die neuen Kernkraftwerke erläutert. In der ersten Phase des Projekts geht die Regierung von einer vollständig öffentlichen Finanzierung aus. Die Möglichkeit einer (teilweisen) privaten Finanzierung des Projekts über den Kapitalmarkt oder durch den Auftragnehmer bleibt auch in Zukunft ausdrücklich offen. Das Ziel ist es, einen GSP zu erarbeiten, der die Umsetzung des Neubauprojekts ermöglicht und für den im Hinblick auf Aspekte der staatlichen Beihilfen eine Genehmigung der Europäischen Kommission eingeholt werden kann.

5.2 Stand der Dinge

Die Regierung stützt sich auf die zuvor dargelegten Grundsätze: Erschwinglichkeit, Risikoverteilung, Marktkonformität und Umsetzbarkeit. Die Regierung hat in der vergangenen Zeit weitere Schritte zur Ausarbeitung des GSP unternommen, unter anderem auf der Grundlage zusätzlicher Modellrechnungen und Kosten-Nutzen-Analysen.

Die Arbeiten in der kommenden Zeit konzentrieren sich unter anderem auf:

- die Konkretisierung des Verhältnisses zwischen (und der Bedingungen für) Eigen- und Fremdkapital;

¹⁸ Parlamentsdrucksachen 2025/26 32 645 Nr. 161

- die Prüfung der Auswirkungen verschiedener Varianten auf die Kosten und die Unterstützung während der Betriebsphase mittels eines sogenannten „Contract for Difference“;
- die weitgehende Vermeidung unnötiger Weiterleitung von Mitteln zwischen dem Staat und der Beteiligungsgesellschaft;
- die Einbindung von Elementen aus dem geplanten Beschaffungsprozess, darunter die Risikoverteilung während der Bauphase, in das GSP;
- die weitere Ausgestaltung der Finanzierung von NEO NL im kommenden Zeitraum;
- die weitere Vorbereitung der Anmeldung der staatlichen Beihilfe bei der Europäischen Kommission;
- die Beurteilung der Vereinbarkeit im Zusammenhang mit Aspekten der staatlichen Beihilfen;
- die Analyse der haushaltspolitischen Auswirkungen, einschließlich der Auswirkungen auf den EWU-Saldo und die EWU-Schulden.

Die eingehenden Analysen in Zusammenarbeit mit externen Beratern bestätigen im Großen und Ganzen die bisherigen Erkenntnisse und tragen gleichzeitig dazu bei, das vorgeschlagene GSP weiter zu untermauern und zu präzisieren. Außerdem wird geprüft, in welchen Bereichen Optimierungen möglich sind, auch unter Berücksichtigung der Anliegen der beteiligten Interessengruppen.

5.3 Planung und Risiken

Die Regierung wird sich in der kommenden Zeit auf die weitere Ausarbeitung des GSP konzentrieren, mit dem Ziel, eine endgültige Ausgestaltung zu erreichen, in der die verschiedenen Interessen und Grundsätze sorgfältig abgewogen werden. Die endgültige Investitionsentscheidung wird unter anderem von den Auswirkungen auf den Haushalt abhängen. Dabei ist es bei der weiteren Ausarbeitung des GSP wichtig, die Auswirkungen der verschiedenen Szenarien auf den EWU-Saldo und die EWU-Staatsverschuldung im Auge zu behalten. Die endgültige Bewertung obliegt dem CBS/Eurostat. Die Auswirkungen auf den EWU-Saldo und die EWU-Schulden sind kein eigenständiges Ziel, können aber bei der weiteren Abwägung eine Rolle spielen.

Die weitere Ausarbeitung des GSP verläuft parallel zum geplanten Beschaffungsprozess und dem Verfahren zur staatlichen Beihilfe bei der Europäischen Kommission. Die Investitionsentscheidung wird, wie bereits angekündigt, voraussichtlich bei der Unterzeichnung des Vertrags über den Bau der Kernkraftwerke durch NEO NL fallen. Die grundlegenden Aspekte des GSP werden Ihrem Parlament vorgelegt. Zu den wichtigsten Punkten, die in dieser Phase zu beachten sind, gehören unter anderem:

- Abstimmung mit den Stakeholdern: Zusätzliche Wünsche oder Bedingungen können zu weiteren Iterationen führen;
- die Wechselwirkung zwischen der weiteren Ausgestaltung des GSP und dem Verfahren zur staatlichen Beihilfe. Im Zusammenhang mit Aspekten der staatlichen Beihilfen ist für die endgültige Festlegung des GSP eine vorherige Genehmigung durch die Europäische Kommission erforderlich;

- Unsicherheiten bei den Annahmen: Langfristige Entwicklungen, wie beispielsweise Zinssätze und Strompreise, bleiben ungewiss und können sich auf die endgültige Ausgestaltung des GSP auswirken;
- Zusammenhang mit der Projektentwicklung: Änderungen der Projektparameter, beispielsweise aufgrund bestimmter Entwicklungen im geplanten Beschaffungsprozess und der daraus resultierenden neuen Erkenntnisse, können sich auf die Finanzierungsstruktur und/oder den Umfang der Finanzierung auswirken.

Durch diesen iterativen Ansatz konzentriert sich die Regierung weiterhin darauf, diese Risiken zu bewältigen und ein robustes, breit abgestütztes, verhältnismäßiges und umsetzbares GSP zu verwirklichen.